

**Zeitschrift:** Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 80 (2002)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Zur Rolle des wirtschaftlichen Wettbewerbs  
**Autor:** Jans, Armin  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-341680>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Zur Rolle des wirtschaftlichen Wettbewerbs

In der letzten Roten Revue hat Werner Vontobel die These vertreten, dass die zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik darin bestehe, Vertrauen in die Zukunft zu bewahren und zu schaffen. Er stellt so-

---

**Armin Jans**

---

dann die Frage nach der «richtigen Nachfragesteuerung» in der Meinung, dass das Hauptproblem der Wirtschaft in einer genügend grossen Nachfrage bestehe. Noch konkreter: Was nützt eine dauernde Zunahme der Produktion (aufgrund einer rationelleren Produktionsweise), wenn diese nicht von einer entsprechend höheren Nachfrage abgenommen wird?

Die darin anklingende Unterkonsumtionstheorie (es gibt zu wenig Konsumnachfrage in Relation zur verfügbaren Produktion) hat zwar Tradition, sie findet sich schon bei den wirtschaftswissenschaftlichen «Säulenheiligen» Malthus und Sismonde de Sismondi, im 20. Jahrhundert sodann bei Erich Lederer und Erich Preiser. Überzeugend ist sie deshalb nicht – global gesehen gibt es noch einen sehr grossen Bedarf (= Nachfrage), der nicht befriedigt ist. Und auch in der Schweiz lassen sich noch Millionen Personen finden, die sich ihre Konsumwünsche finanziell schlicht nicht leisten können. Das erwähnte Sättigungs-Kaufkraftniveau von 12 000 Franken pro Kopf und Jahr (= 48 000 Fr. für eine vierköpfige Familie) erscheint mir angesichts der herrschenden Preise (man denke an die Mie-

ten und die Krankenkassenprämien) dabei zu tief. Die Stabilisierung der Nachfrage ist aus meiner Sicht nicht aufgrund der Sättigung der schweizerischen Bevölkerung erforderlich. Sondern zur Dämpfung der Konjunkturschwankungen, zur personellen und räumlichen Einkommensumverteilung und zur qualitativen Weiterentwicklung weg von der Verschleisswirtschaft und hin zur Nachhaltigkeit.

Angebotsorientierte Ansätze sind schon deshalb erforderlich, weil wir nicht von der Vermögenssubstanz, sondern fast ausschliesslich von der laufenden Produktion leben (müssen). Ein hohes Konsumniveau ist deshalb unmittelbar abhängig von der Fähigkeit, in einer Arbeitsstunde viele Werte herstellen zu können, m.a.W. von einer hohen Arbeitsproduktivität. Und diese muss im langfristigen (20–50jährigen) Entwicklungsverlauf gesehen werden. Wenn die schweizerische Wirtschaft auf dem gegenwärtigen Produktionsniveau (Bruttoinlandprodukt) verharren würde, obwohl mit dauernd mehr Wissen und Fähigkeiten produziert werden kann, ist die Folge klar: Es können jedes Jahr rund 2% der eingesetzten Arbeitsstunden eingespart werden. Leider wird die Arbeitszeit nicht bei allen gleichmässig so gekürzt, dass alle weiterhin beschäftigt bleiben. Im Gegenteil: Der technologische Wandel und der globale Konkurrenzkampf führen dazu, dass die einen Überzeiten machen, während andere arbeitslos werden. Das eingangs angemahnte Vertrauen in die Zukunft schwindet

schnell – siehe unsere Erfahrungen in der siebenjährigen Krise der 90er Jahre. Fazit: Die «Ökonomie des Glücks» lässt sich nicht rein nachfrageseitig erreichen.

Um nicht missverstanden zu werden, sei hier wiederholt: Nachfragepolitik ist nach wie vor nötig. Aber sie genügt nicht. Angebotsorientierte Konzepte zur Steigerung der Produktivität müssen dazutreten, damit unsere Wirtschaft global konkurrenzfähig bleibt. Würde die Wirtschaft diese Konkurrenzfähigkeit verlieren, würden unsere Exporte rapid sinken. Weil wir nicht über längere Zeit auf Pump des Auslands leben könnten, müssten wir folglich unsere Importe entsprechend reduzieren. Und so würde unser Konsumstandard spürbar sinken.

### **Stellenwert des Wettbewerbs**

Einen zentralen Bestandteil von angebotsorientierten Konzepten bildet der Wettbewerb und die Wettbewerbspolitik. An der Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 6. April 2002 in Biel wurde bekanntlich das Wirtschaftspapier zur Überarbeitung zurückgewiesen. Ein wichtiger Stein des Anstosses bildete dabei der Wettbewerb und sein Stellenwert in einem linken Wirtschaftsverständnis. Ausgangspunkt bilden die aktuellen Preisunterschiede zwischen der Schweiz und den Nachbarländern:

- Der «Spiegel» kostet in Deutschland 4,50 Fr. (3 Euro), in der Schweiz dagegen 6,50 Fr.
- Bücher sind in Deutschland bis zu 25% billiger, obwohl die Mehrwertsteuer auf Büchern dort 16% (in der Schweiz nur 2,3%) beträgt.
- 10 Iglo Fish Sticks kosten hier 5,97 Fr., in Deutschland 3,65 und in Österreich 4,35 Fr.
- Für eine Jeanshose Levi's 501 sind hier 122,40 Fr. zu berappen, in Italien sind es 84,75 und in Frankreich 99,60 Fr.

- Ein Braun Rasierapparat Flex 5414 geht hier für 203 Fr. über den Ladentisch, in Deutschland für 152 und in Österreich für 160 Fr.

Die Beispiele liessen sich noch lange fortsetzen. Zu beachten bleibt, dass vorstehend lauter Importprodukte angeführt wurden. Das Gegenargument, die hochwertige schweizerische Lohnarbeit würde alles verteuern, gilt nur sehr eingeschränkt, nämlich für die Handelsstufe. Die hohen Preisunterschiede lassen sich damit in keiner Weise rechtfertigen.

### **Ursachen der Hochpreisinsel Schweiz**

An der Delegiertenversammlung wurde denn auch nicht bestritten, dass die meisten Lebensmittel, Markenartikel und Medikamente wie auch die Wohnungsmieten hiezulande teurer sind als in den Nachbarländern. Heftig kritisiert wurde, dass die Ursache im «fehlenden Wettbewerbsdruck» liege. Im Antrag der SP Waadt-Genf wurden die Ursachen der Hochpreisinsel Schweiz vielmehr gesehen in der «Gewinnmaximierung, der Aufrechterhaltung der Kartelle von privaten Unternehmen und einem ungenügenden Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten».

Es ist naiv, in der Gewinnmaximierung der Unternehmen die Ursache für (zu) hohe Preise zu suchen. Private Unternehmen wollen immer ihre Gewinne maximieren. Hohe Preise sind in ihren Augen deshalb zweckmässiger als tiefe. Hohe Preise lassen sich aber nur dann durchsetzen, wenn es für die Kundschaft kaum oder gar keine Alternativen gibt. Dies ist der Fall bei (unkontrollierten) Monopolen, bei marktmächtigen Unternehmen (zum Beispiel Microsoft) und bei Ausschaltung des Wettbewerbs durch Kartelle und andere Schluameiereien. Zudem: Wer die Gewinnmaximierung konsequent verhindern will, darf keine privaten Unternehmen zulassen.

Lässt man diese Ursachen fallen, verbleiben die «Aufrechterhaltung der Kartelle von privaten Unternehmen» und der «ungenügende Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten». Genau dasselbe ist mit dem «fehlenden Wettbewerbsdruck» gemeint. Denn Kartelle gedeihen nur dort, wo der Wettbewerb ausgeschaltet wird. Wir benötigen auf den Märkten, auf denen private Unternehmen Waren und Dienstleistungen verkaufen, einen funktionierenden Wettbewerb. Dringend sind dabei die folgenden Massnahmen:

- Heute werden Kartellbildung und missbräuchliche Marktbeherrschung erst im Wiederholungsfall bestraft. Es gilt also: «Einmal ist keinmal». Die erforderliche Abschreckung kann indes nur mit hohen Bussen schon «beim ersten Mal» erzielt werden. Nötig wären, wie in der EU, bis zu 10% eines Jahresumsatzes.
- Parallelimporte sind zuzulassen (mit regional-europäischer Erschöpfung mit Ländern mit vergleichbaren Zulassungsbedingungen). Der Patentschutz ist garantiert, darf aber nicht zur Marktabschottung und damit zu Hochpreisen missbraucht werden.
- Unverständlicherweise wurden Vertikalkartelle (z.B. die Preisbindung vom Importeur zum Unterlieferanten) bislang geschont. So haben sich Inhaber von Einfuhrbewilligungen von Weisswein (so genannte Sofaimporteure) und Generalimporteure von Autos wie Ex-Nationalrat Walter Frey während Jahrzehnten eine goldene Nase verdient. Während es den Sofaimporteur von Wein mittlerweile an den Krügen gegangen ist, geht es bei den Autos immer noch im alten Stile weiter.
- Die Wettbewerbskommission (Weko) ist zu einer professionellen, unabhängig funktionierenden Behörde mit direkten Sanktionsbefugnissen zu verstärken.

Auch für eine Verbesserung des Konsumenten- und Konsumentinnenschutzes

ist mehr Wettbewerb eine gute (wenn auch nicht die einzige) Medizin. Wir benötigen darüber hinaus einen verbesserten Schutz vor Täuschungen und Gesundheitsschäden wie auch einen verbesserten Rechtsschutz. Eine klare und vollständige Warendeklaration soll zudem zu einer ökologischen Produktionsweise wie zu einem nachhaltigeren Konsumverhalten beitragen.

## Grenzen des Wettbewerbs

Ein gut funktionierender Wettbewerb drückt die Preise und erhöht damit die Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten, vor allem den einkommensschwächeren Schichten. Es soll hier allerdings nicht einem wahllosen Wettbewerb das Wort geredet werden. Einschränkungen sind in folgenden Fällen angezeigt:

- Wo das Verfassungsziel der kulturellen Vielfalt nachweislich gefährdet wird, sollen Preisbindungen explizit möglich sein, z.B. im Büchermarkt. Dabei ist allerdings sicherzustellen, dass der Konsumentenschaft keine zu hohen Preise untergejubelt werden. Denn heute sind die Bücher in der Schweiz bis zu 25% teurer als in Deutschland. Der Hauptgrund liegt darin, dass die deutschen Verlage den Schweizer Abnehmern deutlich höhere Preise als den inländischen Abnehmern verrechnen (sog. Vertikalkartell). Zudem: Das gegenwärtige Buchpreis kartell lässt sich nicht mehr lange aufrechterhalten. Es würde in absehbarer Zeit durch Direktimporte aus Deutschland vor allem mittels Internetkäufen ausgehebelt. Besser ist es deshalb, die gegenwärtige Buchpreisbindung beizubehalten, die Preisunterschiede zwischen der Schweiz und Deutschland aber auf maximal 10% zu begrenzen.
- Bei den Wohnungsmieten würde ein freier Markt (Marktmiete) sofort zu einem Anstieg der Mieten führen. Die

Mieterinnen und Mieter können nicht auf Alternativen ausweichen und verdienen deshalb einen besonderen Schutz.

- Der erforderliche Service Public ist gesetzlich sicherzustellen. Eine Liberalisierung ist nur dann zu befürworten, falls es (wie bei der Telefonie) eindeutige Vorteile gibt und insbesondere die Versorgung der schwach besiedelten Landesteile qualitativ voll zu nicht diskriminierenden Preisen gewahrt bleibt. So kann eine Liberalisierung durch die Hintertür (z.B. durch die Wettbewerbsbehörde) verhindert werden.

Zu warnen ist indessen vor einer Verabsolutierung des Service Public. Wer diesen wie die SP Genève in ihrem Antrag an die DV vom 6. April als «moteurs du développement à long terme de notre économie» sieht, erkennt die Tatsache, dass bei einem durchschnittlichen schweizerischen

Haushaltbudget etwa 25% für Leistungen des Service Public (unter Einschluss der Gesundheitspflege) aufgewendet werden. 20% gehen für Mieten weg und rund 55% für Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Nahrungsmittel, Getränke, Bekleidung, Schuhe, Möbel, private Verkehrsmittel, Ferienreisen, Freizeitvergnügen usw.). Genau bei der letzteren, grössten Ausgabengruppe fehlt es an Wettbewerbsdruck, sonst wären unsere Preise nicht um so viel höher als in den Nachbarstaaten!

Armin Jans, Dr. rer. pol. (Volkswirtschaftler) verheiratet mit Heidi, zwei Kinder, Wohnort Zug; Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Zürcher Hochschule Winterthur; Bankrat Schweiz. Nationalbank; Kopräsident SP-Wirtschaftskommission; Nationalrat 1995–1999.